

**An:** attac-smod@listi.jpberlin.de  
**Von:** Martin Zeis <zeism@gmx.net>  
**Betreff:** Text: Politbüro des (US-)Kapitalismus, SPIEGEL 50/1975  
**Datum:** Tue, 6 Aug 2002 14:47:23 +0200 (MEST)

Gruezi mitnand,

auf Veranstaltungen und Seminaren zum Themenfeld "Globalisierung, globalisierungskritische Bewegung" bin ich in den letzten Monaten des Öfteren gefragt worden, wo eigentlich die Grundlinien, Strategien, Handlungskonzepte der wichtigsten Kapital-Gruppen diskutiert und strukturiert werden und wie von dort Einfluss auf die jeweilige Regierung genommen wird. Zu dieser Frage gab es in den 70er- und 80er-Jahren eine lebhafte öffentliche Diskussion, der auch der nachfolgend dokumentierte Artikel von Wilhelm Bittorf entnommen ist. Er beschäftigt sich mit dem COUNCIL ON FOREIGN REALTIONS (Rat für auswärtige Beziehungen), der nach wie vor wichtigsten privaten Institution, welche die (Außen-)Politik der USA bestimmt. Die im Quellenverzeichnis angegebenen Bücher von Domhoff und Barnett vertiefen die Einführung Bittorfs.

Viel Spaß bei der Lektüre,

Martin Zeis

\*\*\*\*\*

## Ein Politbüro für den Kapitalismus ?

*Wilhelm Bittorf über den „Council on Foreign Relations“*

Das Haus, das sich der Industrielle Harold Pratt 1919 bauen ließ, liegt in Manhattan auf einer Anhöhe, die man früher „Millionärshügel“ nannte: ein viergeschossiges Stadtpalais im Neurenaissance-Stil, grau, aber gepflegt, vornehm-bescheiden inmitten klotziger Apartment-Bauten.

Der Besucher hat das Gefühl, er sei in eine der kuriosen Stiftungen geraten, die von irgendeinem verschrobenen Finanzmogul vor langer Zeit zu irgendeinem kauzigen Zweck gegründet wurden – zur Erforschung der Wanderwege des amerikanischen Schreikranichs etwa. Aber nein – dies ist der Sitz der einflußreichsten privaten Institution Amerikas und der westlichen Welt, der Sitz des „Council on Foreign Relations“, des „Rates für Auswärtige Beziehungen.“

William Domhoff, politischer Wissenschaftler: „Der Council ist das entscheidende Verbindungsglied zwischen den großen Konzernen und der Regierung ... Die Wichtigkeit dieser Vereinigung für das Verständnis der Grundmotive und Grundlinien amerikanischer Weltpolitik kann kaum hoch genug veranschlagt werden ... Dennoch haben die allermeisten Bürger dieses Landes, das sich für das bestinformierte Gemeinwesen aller Zeiten hält, keine Ahnung von der Existenz eines solchen Gremiums ...“

Der Council ist nicht geheim. Er selbst gibt die Vierteljahresschrift „Foreign Affairs“ heraus, die distinguierteste Publikation für außenpolitische und weltwirtschaftliche Fragen überhaupt, andächtig studiert in den Außenämtern in West und Ost,

durchforscht nach Hinweisen auf Sinneswandlungen und Fernziele der Mächtigen Amerikas. Denn in „Foreign Affairs“ werden Kurswechsel der US-Politik zuerst annonciert und umschrieben. In „Foreign Affairs“ verkündete Russland-Experte George Kennan als „Mr. X“ 1947 die globale Containment- oder Eindämmungspolitik gegen den Kommunismus. Dort wurde später aber auch zuerst von Entspannung gegenüber der Sowjet-Union und Annäherung an China gesprochen. Von der kommenden Ölkrise war die Rede mehr als ein Jahr, bevor sie geschah, und von der Notwendigkeit einer neuen Nahost-Strategie.

Doch von dem, was im Haus des Council vor sich geht, von den informellen Lunch-Treffen zwischen Konzernleuten und Regierungsbeamten, von den Studiengruppen amerikanischer und sowjetischer Experten, die sich seit 1969 regelmäßig an der Park Avenue treffen, von den Diskussionen mit Regierungschefs und Parteiführern aus Europa und Asien (denn nicht nur Helmut Schmidt und seine Vorgänger, auch Kohl und Biedenkopf haben sich vor dem Council schon präsentiert) – von alledem erfährt der Medienkonsument kein Wort. Denn Amerikas Gazetten und TV-Gesellschaften respektieren strikt die Vertraulichkeit des Rats – im Unterschied zur Vertraulichkeit der CIA –, und William Domhoff spottet: „Die freie Presse dieses Landes nimmt sich die Freiheit, ein Gremium, in welchem die mächtigsten Männer dieses Landes sich mit Weltpolitik befassen, als eine Art privaten Bridge-Club zu betrachten, der niemand tangiert und niemand etwas angeht.“

Aber welche Männer, welche Mächte? 1600 Mitglieder hat der Council, von denen laut Statut mindestens 50 Prozent ihren ständigen Geschäfts- und Wohnsitz in New York City und Umgebung haben müssen. Sie bilden den permanenten Kern der Organisation, der zunächst einmal die Erben und Verwalter der größten Vermögen Amerikas angehören – allein vier Morgans vom Bank-Konzern Morgan Guaranty und vier Rockefellers. David Rockefeller von der Chase Manhattan Bank hat seit 1971 das höchste Amt des Council inne, den Aufsichtsratsvorsitz.

Es gehören dazu die Topmanager der US-Weltkonzerne und führende Wirtschaftsjuristen aus den Anwaltsfirmen von New York, die als Interessenvertreter der Großfirmen fungieren und die Schlüsselrolle spielen im Zusammenwirken von Wirtschaft und Staatsmacht in den USA. Ihr Doyen ist der heute 80jährige John McCloy, ehemals Hochkommissar in Deutschland, jetzt Anwalt des US-Ölkartells – und Ehrenvorsitzender des Council. Auch Henry Kissinger hat seine politische Karriere als Studienleiter im Council begonnen.

„Immer wenn wir einen Mann brauchten, blätterten wir die Mitgliedsliste des Council durch und telefonierten nach New York“, erinnerte sich John McCloy an die Besetzung der Spitzenjobs, als er 1940 Mitarbeiter des Kriegsministers (und Council-Mitglieds) Henry Stimson nach Washington ging, um Amerikas gigantische Rüstungsmaschine anzukurbeln. Das ist bis heute so geblieben.

„Zwischen 1940 und 1970 sind sämtliche Spitzenfunktionen in dem riesigen Regierungsapparat für Außenpolitik, Wirtschaft und Rüstung von weniger als 400 Personen ausgeübt worden, die sich in den Schlüsselpositionen reihum abwechseln“, notierte der Politologe Richard Barnet. „Die Aufnahme in den Rat für Auswärtige Beziehungen ist quasi ein Einweihungsritus für künftige Staatsmänner.“ Und Agentenchefs: Ein Präsident des Council, der unwitterte Allen Dulles, ist 1953

zum Direktor der CIA berufen worden, auch die meisten seiner Nachfolger waren Ratsmitglieder.

Ein Kapitalistisches Politbüro also? Ein sinisterer Klub, in dem Herren und Diener des Superkapitals hinter dem Rücken des amerikanischen Volkes und der Weltöffentlichkeit ihre Intrigen spinnen? Keine Frage, die Hintergrundsrolle des Rats bietet Stoff genug für Verschwörungstheorien, die nicht nur von der Linken aufgestellt werden. Die grimmigsten Vorwürfe kamen vielmehr – und kommen noch immer – aus der äußersten rechten Ecke.

Erst kürzlich ist wieder ein Pamphlet erschienen, verfasst von einem Gary Allen, mit dem Titel „Die Insider – Wohltäter oder Diktatoren?“ Darin wird der Council beschrieben als Teil einer jüdisch-plutokratisch-bolschewistischen Weltverschwörung ganz ähnlich der, von der die deutschen Nazis faselten. Aus der Anzahl der jüdischen Finanziers und Intellektuellen, die dem Rat angehören, aus den Reisen David Rockefellers nach Moskau und aus Großbank-Krediten an die Sowjets wird da ein Alptraum erzeugt: eine Konspiration von langer Hand zwischen der Wallstreet und dem Kreml, gemeinsam eine Welt-Diktatur zu errichten, die am Ende auch die freien Bürger Amerikas versklaven werde.

Verstiegen, gewiß. Doch noch in solchen Wahnideen steckt ein Reflex des durchaus realen Widerwillens und des Argwohns, den die Amerikaner im Hinterland gegen die Machtelite an der Ostküste und deren weltweite Händel hegen. Dieses Misstrauen beruht freilich auf Gegenseitigkeit – denn die Machtelite ihrerseits ist überzeugt, dass die Weltrolle der Vereinigten Staaten eine zu ernste Sache sei, um sie den Politikern und den Launen der Volksmassen zu überlassen.

„Es ist doch so“, sagte mir der aus Polen stammende Zbigniew Brzezinski, Columbia-Professor und Ostblock-Experte des Council, „die Politiker denken nur an die nächsten Wahlen, die Zeitungen nur an die Schlagzeile des nächsten Tages, und auch der Business-Mensch hat für gewöhnlich nur die Dividenden des nächsten Quartals im Sinn.“

Tatsächlich ist der Council geboren und geprägt worden von einem Ereignis, das man im Pratt House noch heute „das Trauma von 1920“ nennt. In jenem Jahr nämlich verwarf der Senat den Beitritt der USA zum Völkerbund, den Präsident Wilson mit seinen Beratern aus der Finanzaristokratie (wie Bernard Baruch) entworfen hatte, um die selbstmörderische Rivalität der bürgerlichen Nationen zu beenden und sie alle, Deutschland eingeschlossen, unter dem Vorantritt Amerikas zu neuen Ufern der Freiheit und Prosperität zu führen. Statt dessen wählten die Amerikaner einen Provinzler aus Ohio namens Harding zum Präsidenten, der ihnen „Rückkehr zur Normalität“ versprach – und das hieß Rückkehr in die Vergangenheit.

„Als die Vereinigten Staaten die Führung der Welt übernehmen wollten, folgte das amerikanische Volk ihnen nicht“, sagt Harvard-Professor und Council-Mitglied Stanley Hoffmann. Genauer wohl: Die Main Street fiel der Wallstreet in den Rücken, die Klein- und Mittelbourgeoisie der Provinz ließ die Großbourgeoisie mit ihren Ambitionen im Stich.

Was aber tut man mit einem so unfolgsamen Volk? Man versucht, ihm seinen Einfluß auf die Außenpolitik möglichst weitgehend und möglichst unbemerkt zu nehmen.

Man versucht, die Politiker umzuerziehen und ihren Horizont zu erweitern. Ein 1920 durfte sich nie wiederholen: 1921 wurde der Council on Foreign Relations gegründet als Lobby der Weltmarkt- und Weltmacht-orientierten New Yorker Interessen.

Es schmerzt den Demokraten, und niemand redet gern darüber an der Park Avenue oder in Harvard. Aber die historische Einsicht gebietet zu sagen, dass das Volk unrecht hatte und die Wallstreet recht. Ohne amerikanische Intervention waren die erschöpften und Ressentiment geladenen Nationen Europas außerstande, eine funktionierende Weltwirtschaft wieder herzustellen: der Welthandel stagnierte in den zwanziger Jahren. Und die Meinung der Isolationisten, dass die Vereinigten Staaten am ehesten als Schutzzoll ummauerte Wohlstandsinsel gedeihen könnten, wurde von der Krise, die 1929 ausbrach, verheerend widerlegt.

Die Depression traf die Amerikaner selbst so schwer wie sonst nur die Deutschen – da hatte das Volk die Quittung für seine Borniertheit. Und damit nicht genug: Es musste in noch einen Weltkrieg, bis es seine Lektion einigermaßen gelernt hatte und ein Zustand erreicht war auf Erden, den die klarsten Köpfe der Hochfinanz schon nach dem ersten Durchgang erstrebten – nur dass man damals, wenn es geklappt hätte, auch mit der jungen Sowjetunion leichter fertig geworden wäre.

„Wenn Deutschland die Käufer Europas kontrolliert und den gesamten Handel, wie jetzt schon praktiziert, unter Regierungskontrolle stellt, dann steht es leicht in seiner Macht, unseren Handel mit Europa, mit Südamerika und dem Fernen Osten zu unterbinden ... Das würde auch für unsere Wirtschaft zu Restriktionen und Kontrollen führen, die wir verabscheuen. Kurz, die Früchte des ökonomischen Fortschritts, den wir im letzten Jahrhundert gemacht haben, wären verloren.“

Dies schrieb John McCloy im August 1941 in den Text für eine Diner-Ansprache seines Chefs, des Kriegsministers Henry Stimson. Da gab es kein Vertun mehr: Die Vereinigten Staaten konnten nicht dulden, dass Deutschland und Japan den ohnehin darniederliegenden Weltmarkt endgültig in abgesperrte Blöcke zerreißen. Auf sich selbst zurückgeworfen und von dirigistischen Rivalen umringt, so der Konsensus des Council, könnte die Unternehmensökonomie auch in den USA selbst nicht überdauern – Kommandowirtschaft und irgendeine Form von Sozialismus wären dann auch hier unvermeidlich, selbst wenn das Land nicht von außen angegriffen würde. Zwar wären die USA dann immer noch eine große und souveräne Nation, aber keine, in der es sich für John McCloy und die Seinen zu leben lohnen würde.

Was die Isolationisten und kleinen Leute nicht kapieren wollten, dass nämlich das amerikanische System nicht durch Abkapselung, sondern nur durch Expansion zu bewahren sei, und dass Amerika um den Globus greifen müsse, um es selbst zu bleiben – diese Paradoxie verdeutlichte noch einmal der Wallstreet-Anwalt, Council-Prominente und spätere Architekt der NATO, Dean Acheson. 1944 erklärte er: „Wir können uns nicht noch einmal zehn solche Jahre leisten (wie die Krisenjahre nach 1929) ohne die ernstesten Folgen für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsform ... Ich behaupte, dass wir in den Vereinigten Staaten Vollbeschäftigung und Prosperität nicht haben können ohne die fremden Märkte.“

Ab 1942, notierte der Publizist Anthony Lukas, „verschmolzen die Studiengruppen des Council praktisch mit dem Außenministerium“. Niemand sonst – und erst recht kein gewählter Politiker – hatte eine so klare und kühne Konzeption von dem, was nach dem Krieg mit der Welt geschehen sollte, wie die Herren aus New York. Selbst

Nachkriegspräsident Harry S. Truman hatte noch 1939 verkündet, dass sich Amerika aus dem Krieg *heraushalten* müsse, wenn „die Zivilisation“ wenigstens innerhalb der Neuen Welt gerettet werden sollte.

Die Vereinten Nationen auf die Beine zu stellen als verbesserte Neuauflage des Völkerbunds; Weltbank und Währungsfond zu gründen; die Kriegsgegner Deutschland und Japan nicht vollends zu demontieren, sondern diesen „so genannten Habenichtsen ... adäquate Wirtschaftschancen einzuräumen“, wie das Council-Mitglied Eric Johnston noch während des Gemetzels forderte – alle diese Entscheidungen sind von den Studiengruppen und den Emissären des Rates für Auswärtige Beziehungen wesentlich mitbestimmt worden. Und man muß schon zurückgehen bis zur Reorganisation des Römischen Reiches durch Cäsar und Augustus, um einen Vergleich zu finden für die von diesen Amerikanern vollzogene Erneuerung des tief zerrütteten Weltkapitalismus, für seine Umformung in ein vereinheitlichtes, dynamisches, multinationales Imperium, über dem die Sonne so bald nicht untergehen wird, trotz aller Unkenrufe der Propheten.

Aufgeklärter als die europäischen Kolonialreichgründer, ließ Amerikas Machtelite sich eben nicht nur von nationalem Egoismus leiten – durch die Öffnung des US-Marktes auch für Deutsche und Japaner hat sie wichtige Branchen ihrer eigenen Wirtschaft in ärgste Bedrängnis gebracht. „Wir mußten es tun, damit das Gesamtsystem funktioniert“, sagte George W. Ball, der Wallstreet-Banker und Council-Mann, der unter Kennedy als Stellvertretender Außenminister „die Schutzzoll-Koalition im Kongreß in Stücke schnitt“, wie der Ökonom Raymond Bauer bemerkte.

Diese „Gesamtsystem“ beruht im Grunde auf nichts anderem als der altehrwürdigen Freihandelsidee: Der globale Markt sollte wieder hergestellt und vollendet werden, den es im 19. Jahrhundert in Ansätzen schon einmal gab, ehe er durch Nationalismus und Rivalität der Europäer zerstört wurde. Die kapitalistische Utopie steht dahinter, die Marktwirtschaft, Demokratie, Wohlstand und Frieden nahtlos miteinander verbindet – wobei freilich nur die *ökonomischen* Voraussetzungen wirklich entscheiden und unentbehrlich sind. Das heißt, dass die schönste Demokratie, die wirtschaftlich nicht spurt und die Bewegungsfreiheit der Unternehmer beschneidet, als Pfahl im Fleisch empfunden wird. Eine Militärdiktatur dagegen duldet man – vorausgesetzt, dass sie sich ins Weltmarktsystem einfügt und Unternehmerfreiheit garantiert. Das ist das Kriterium, auf das es ankommt.

„Nur wenige Leute haben 1945 einen so weit gespannten Vormarsch des Weltbusiness erwartet. Niemand hat im Ernst geglaubt, dass wir so weit kommen würden, wie wir gekommen sind“, sagt George Ball in seinem New Yorker Penthouse. Er räumt ein, dass auch die amerikanische Machtelite nicht gefeit gewesen sei gegen die „Arroganz der Macht“ und dass Vietnam ein „gigantischer Mißgriff“ war – schließlich sei er wegen seiner Bedenken gegen die Eskalation aus der Johnson-Regierung ausgeschieden.

Zu Vietnam sei es gekommen, weil sich der nationale Machtapparat der USA verselbständigt habe, weil das Pentagon in jenen Tagen zum Selbstzweck geworden sei, weil man den Boden der Realität unter den Füßen verloren habe. George Ball in seinem Penthouse redet über Vietnam, wie ein altrömischer Bankier geredet haben mag über den allzu ehrgeizigen Feldzug des Publius Quinctilius Varus im nördlichen Germanien und die verlorene Schlacht im Teutoburger Wald – wo es eh nichts zu

holen gab. Eine verlorene Schlacht, eine Blamage, eine notwendige Ernüchterung, nichts weiter.

Noch während des Vietnam-Gemetzels diskutierte man im Pratt House schon mit sowjetischen Experten vom US-Institut in Moskau über Entspannung und Wirtschaftskooperation, erörtere man bereits 1965 in einer Studiengruppe des Rates die Aufnahme von Beziehungen zum China Maos. Denn das ist bei aller Vorsicht und aller Skepsis das Traumziel der multinationalen New Yorker Geschäftswelt und des Council – auch die Sowjetunion, die Osteuropäer und am Ende gar China einzubeziehen in das Weltmarkt-System.

Und warum nicht? Wer hätte sich vor dreißig Jahren die Integration Deutschlands und Japans vorstellen können? Wer hätte erwartet, dass deutsche Großbanken Filialen an der Wallstreet und der Park Avenue etablieren – demnächst auch die gewerkschaftseigene „Bank für Gemeinwirtschaft“? Ist es da so verwunderlich, dass inzwischen auch die Ölscheichs und der Schah von Persien hinzugekommen sind? Willkommen ist in dem kapitalen Klub ein jeder, der über Bodenschätze, Finanzreserven und/oder tüchtige Arbeitermassen verfügt. Warum nicht auch die Sowjets?

Bauen amerikanische und westeuropäische Firmen nicht schon ein „Welthandels-Zentrum“ im New Yorker Stil in Moskau? Steht nicht am Roten Platz schon eine Filiale der Chase Manhattan Bank, „mit deren Geschäftsentwicklung wir sehr zufrieden sind“, wie David Rockefeller jüngst in einem Interview mit der Londoner „Times“ kundtat? Und ist die Sowjetunion, die viele Tonnen Weizen aus Amerika importieren muß, um sich zu ernähren, nicht im Grunde heute schon ein vom Westen abhängiger Staat – und erst recht, wenn sie hofft, jemals einen dem Westen ähnlichen Standard zu erreichen?

Kühne Thesen, gewiß. Aber wie der im Council-Stab beschäftigte Politologe Alton Frye zu mir sagte: „Die Kühnheit von heute ist die Wirklichkeit von morgen.“

*aus: Der Spiegel, Nr. 50/1975, S. 142 – 146*

### Quellenhinweise:

Council on Foreign Relations (CFR): [www.cfr.org](http://www.cfr.org)

Dort in der Rubrik „Papers“ zu finden: „The Next Phase in the U.S.-led War on Terrorism? Iraq“ (wichtiger Abschnitt: „The following are necessary preconditions to waging war on Iraq“), April 2002

Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung des CFR:

Melvin SICKLER: The Council on Foreign Relations and the Trilateral Commission; in: [www.councilonforeignrelations.net](http://www.councilonforeignrelations.net)

William G. DOMHOFF: The Power Elite and the State: How Policy is Made in America (Social Institutions and Social Change), Verlag DeGruyter, Jan. 1990, 32,70 € (Tan Nguyen hat die wichtigsten Aspekte dieser Studie zusammengefasst; in: [www.political-reform.net](http://www.political-reform.net) )

Richard. J. BARNET: Die Krisenmacher. Die Multinationalen und die Verwandlung des Kapitals, Rowohlt TB, März 1985, (antiquarisch erhältlich: 7,50 – 20 € je nach Zustand und An-bieter)

Stuttgart, 06.08.02 / Martin Zeis (zeism@gmx.net)